



Gesetzliche Krankenversicherung unter Spardruck: KBV fordert Streichung freiwilliger Kassenleistungen

Ute Pappelbaum

Die finanzielle Lage der gesetzlichen Krankenversicherung ist angespannt. Steigende Ausgaben, wachsende Zusatzbeiträge und wiederkehrende Bundeszuschüsse markieren ein System, dessen Gleichgewicht zunehmend gefährdet wird. In dieser Situation fordert der Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Andreas Gassen, die vollständige Abschaffung freiwilliger Satzungsleistungen der Krankenkassen.

„Wenn nicht genug Geld für den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung da ist und gespart werden muss, sind ‚Nice to have‘-Leistungen als Erstes zu streichen“,

sagte Gassen dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND).

Ein System an der Belastungsgrenze

Die Debatte über freiwillige Leistungen berührt einen tieferliegenden Befund: Die solidarische Finanzierung ist längst stärker beansprucht, als es ihre ursprüngliche Konstruktion vorsah.

Marode Klinikstrukturen, wirtschaftlich instabile Häuser und ein Investitionsstau in Milliardenhöhe prägen die stationäre Versorgung. In der ambulanten Medizin verlängern sich Wartezeiten auf Facharzttermine. In der Kindermedizin wurden in den vergangenen Jahren Budgetgrenzen und wirtschaftliche Zwänge wiederholt zum politischen Thema.

Gleichzeitig wächst die Zahl hochbetagter Menschen kontinuierlich – ohne dass die Versorgungsstrukturen in gleichem Tempo angepasst wurden.

Diese Entwicklungen sind keine Einzelprobleme. Sie sind Ausdruck eines Systems, dessen Ausgaben dynamisch steigen, während die Einnahmen überwiegend lohnabhängig bleiben.

Wettbewerb im Defizit

Satzungsleistungen – von Zuschüssen zu Gesundheitskursen bis zur Erstattung alternativer Heilmethoden – sind Teil des wettbewerblichen Elements in der GKV. Sie sollen Differenzierung ermöglichen und Mitglieder binden. Unter stabilen Rahmenbedingungen ist das politisch gewollt.

Unter Defizitbedingungen verändert sich jedoch die Bewertung. Wenn Pflichtleistungen unter Kostendruck geraten, Honorardebatten eskalieren und

Versorgungsengpässe sichtbar werden, verschiebt sich die Legitimation freiwilliger Zusatzangebote. Das von Gassen genannte Einsparpotenzial von knapp einer Milliarde Euro ist im Gesamtsystem begrenzt. Symbolisch steht es jedoch für eine Priorisierung: Kernversorgung vor Wettbewerb.

Spannung – mit Folgen über die Gesundheitsversorgung hinaus.

Das Gleichgewicht der Finanzierung

Für Bundesgesundheitsministerin Nina Warken besteht die zentrale Herausforderung darin, das finanzielle Gefüge der GKV wieder in ein belastbares Gleichgewicht zu bringen. Die Ausgabendynamik ist strukturell. Der demografische Wandel wirkt dauerhaft. Der medizinische Fortschritt erhöht die Kosten je Versicherten.

Gleichzeitig stößt die beitragsfinanzierte Logik an Grenzen. Höhere Beitragssätze belasten Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Steigende Bundeszuschüsse verschieben die Finanzierung in den Steuerhaushalt – und damit in die allgemeine Haushaltskonkurrenz.

Vor diesem Hintergrund gewinnt eine weitere Entwicklung an Brisanz: der politische Zugriff auf andere Finanzierungsquellen. Wird die Stabilisierung der Krankenversicherung dauerhaft über zusätzliche Steuermittel oder über Umlenkungen innerhalb der Sozialversicherungssysteme organisiert, berührt dies mittelbar auch Vermögenspositionen, die ursprünglich der Altersvorsorge oder anderen Sicherungssystemen dienen. Die Verschiebung von Finanzierungsverantwortung bleibt nicht folgenlos für das Vertrauen in institutionelle Zusagen.

Prioritäten und Verlässlichkeit

Die Überdehnung der Solidarität zeigt sich weniger in einzelnen Leistungspositionen als in der wachsenden Diskrepanz zwischen Leistungsversprechen und Finanzierungsbasis. Ein System, das strukturell mehr zusagt, als es nachhaltig tragen kann, gerät unter permanenten Anpassungsdruck.

Die Forderung nach Streichung freiwilliger Leistungen ist deshalb Teil einer größeren Ordnungsfrage: Was gehört zwingend zur solidarisch finanzierten Grundversorgung? Und welche Versprechen lassen sich unter den gegebenen demografischen und ökonomischen Bedingungen dauerhaft halten?

Das finanzielle Gleichgewicht der gesetzlichen Krankenversicherung ist damit nicht nur eine Rechengröße. Es ist eine Frage institutioneller Verlässlichkeit. Wird diese nicht wiederhergestellt, bleibt das System dauerhaft unter

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4948457/gesetzliche-krankenversicherung-gkv-streichung-satzungsleistungen-gassen/>